

Antrag

der Fraktionen CDU/CSU, SPD, FDP und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Für freie und demokratische Parlamentswahlen im Iran

Der Bundestag wolle beschließen:

I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:

Für die Parlamentswahlen am 14. März 2008 im Iran hatten sich rund 7 200 Kandidatinnen und Kandidaten registrieren lassen. Mit großer Sorge verfolgt der Deutsche Bundestag, dass zahlreiche dieser Kandidatinnen und Kandidaten, insbesondere Mitglieder des Reformspektrums, nicht zur Wahl zugelassen wurden. Nach Angaben der reformorientierten Parteien können diese nur für ca. 20 Prozent der Parlamentssitze kandidieren.

Nur mit einem Parlament, das den Willen der Bevölkerung unverfälscht repräsentiert, können die schwierigen Herausforderungen der Zukunft gemeistert werden. Neben dem allgemeinen und gleichen aktiven Wahlrecht ist dafür ein passives Wahlrecht erforderlich, das die ungehinderte Möglichkeit gewährleistet, sich um einen Parlamentssitz bewerben zu können.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die iranischen Autoritäten auf,

alle Kandidatinnen und Kandidaten zu akzeptieren, einen fairen und gleichberechtigten Wahlkampf zuzulassen sowie freie und demokratische Parlamentswahlen zu gewährleisten.

Der Deutsche Bundestag ist weiterhin daran interessiert, nicht nur die Kontakte zum iranischen Parlament zu pflegen, sondern auch bei künftigen Begegnungen mit Vertreterinnen und Vertretern aller politischen Parteien zusammenzutreffen.

Berlin, den 5. März 2008

Volker Kauder, Dr. Peter Ramsauer und Fraktion
Dr. Peter Struck und Fraktion
Dr. Guido Westerwelle und Fraktion
Renate Künast, Fritz Kuhn und Fraktion

